

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Walter Kolbow, Robert Leidinger, Manfred Opel, Uta Zapf, Ingrid Becker-Inglau, Hans Gottfried Bernrath, Dr. Ulrich Böhme (Unna), Dr. Andreas von Bülow, Edelgard Bulmahn, Dr. Konrad Elmer, Gernot Erler, Katrin Fuchs (Verl), Norbert Gansel, Konrad Gilges, Dieter Heistermann, Erwin Horn, Gabriele Iwersen, Horst Jungmann (Wittmoldt), Susanne Kastner, Fritz Rudolf Körper, Dr. Klaus Kübler, Dr. Dietmar Mattern, Gerhard Neumann (Gotha), Horst Niggemeier, Dr. Hermann Scheer, Regina Schmidt-Zadel, Brigitte Schulte (Hamel), Dr. Hartmut Soell, Heinz-Alfred Steiner, Dr. Peter Struck, Margitta Terborg, Uta Titze, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Rudi Walther (Zierenberg), Reinhard Weis (Stendal), Hildegard Wester, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/3723 —

Beendigung des Rüstungsvorhabens Jäger 90

Am 30. Juni 1992 billigten die Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und F.D.P. die Entscheidung des Bundesministers der Verteidigung, Volker Rühle, den Jäger 90 nicht zu beschaffen. Damit schien eine eindeutige Lage geschaffen zu sein, zumal der Minister am 21. September 1992 vor dem Verteidigungsausschuß diese Position noch einmal bekräftigte. Durch öffentliche Vorwürfe des stellvertretenden Vorsitzenden der Fraktion der CDU/CSU und Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Dr. Wolfgang Bötsch, der Minister halte sich nicht an den Beschluß der Fraktion der CDU/CSU, und zahlreiche Medien-Veröffentlichungen der letzten Tage muß nun der Eindruck entstehen, als habe es sich bei dieser Entscheidung eher um eine „Mogelpackung“ gehandelt und als sei der Minister „umgefallen“ (siehe auch „Wirtschaftswoche“ Nr. 45 vom 30. Oktober 1992).

Vorbemerkung

Großbritannien, Italien, Spanien und die Bundesrepublik Deutschland sind 1988 übereingekommen, das „European Fighter Aircraft (EFA)“ bis zum 30. September 1999 zur vollen Einsatzreife zu entwickeln. Verteidigungs- und Haushaltsausschuß des

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs, Bernd Wilz, beim Bundesminister der Verteidigung vom 27. November 1992 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Deutschen Bundestages haben die entsprechende Regierungsvereinbarung am 4. Mai 1988 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Industrieverträge zwischen der NATO European Fighter Management Agency (NEFMA) und den Firmenkonsortien Eurofighter und Eurojet wurden am 23. November 1988 geschlossen. Die Bundesrepublik Deutschland hat die Verpflichtung zur Realisierung eines 33prozentigen Anteils an der Entwicklung übernommen.

Der Deutsche Bundestag und seine Ausschüsse sind wiederholt über den Stand der Entwicklung unterrichtet worden. Der Bundesminister der Verteidigung hat zuletzt am 25. November 1992 bei der Beratung des Entwurfs für den Haushalt 1993 im Deutschen Bundestag seine Haltung zum Vorhaben erläutert und die Logik des politisch-strategischen und ökonomischen Neu-Ansatzes deutlich gemacht. Eckpunkte dieser Linie sind:

- Die sicherheitspolitische Lage in und für Europa hat sich signifikant verändert und vor allem für Deutschland dramatisch verbessert. Die grundlegend veränderte Lage verlangt eine neue Lagebeurteilung.
- Aus dieser neuen Lagebeurteilung sind die militärischen Anforderungen abzuleiten, die für ein europäisches Jagdflugzeug gelten sollen. Die Bundesrepublik Deutschland braucht ein anderes Flugzeug für eine andere Zeit. Wir streben dafür eine europäische Lösung an.
- Die neuen abgeleiteten militärischen Anforderungen sind in Beziehung zu setzen zu einer angemessenen technischen Lösung mit vertretbaren Kostenobergrenzen.
- Dabei ist das bisherige Entwicklungsergebnis zu berücksichtigen, soweit es kompatibel ist mit den neuen militärischen Forderungen.
- Schließlich ist die laufende Entwicklung alsbald umzusteuern in Richtung der neu definierten Forderungen.

Der Bundesminister der Verteidigung hat diesen Ansatz bei den Programm-Partnern auf der Ebene der Verteidigungsminister und der Regierungschefs vertreten. Dabei hat es zur Logik dieses Ansatzes keinen Widerspruch gegeben.

Am 4. August 1992 sind von den Verteidigungsministern der vier Partner-Staaten zwei Untersuchungen in Auftrag gegeben:

- Eine vergleichende Bewertung von Alternativen für ein neues Jagdflugzeug durch die Industrie und
- die Neudefinition der militärischen Anforderungen aufgrund der fundamental veränderten Sicherheitslage mit dem Ziel der Reduzierung durch die Generalstabschefs.

Auf Basis der Untersuchungsergebnisse werden die Verteidigungsminister gemeinsam festlegen, was zu tun ist, und wie die neuen Zielvorstellungen zu erreichen sind.

Beide Studien liegen mittlerweile vor und sollen im Dezember 1992 durch die Minister beraten werden.

1. Ist es richtig, daß aus den Verträgen zum Jäger 90 nach der Entwicklungsphase entgegen früheren Aussagen nicht ohne weiteres und nicht ohne erhebliche Kosten ausgestiegen werden kann, und gibt es eine „rechtliche Grauzone“, wie Staatssekretär Schönbohm laut DER SPIEGEL Nr. 45 vom 2. November 1992 erklärt hat?
2. Wie werden die Folgen aus dieser unsicheren rechtlichen Lage eingeschätzt?

Die Bundesregierung ist mit Zustimmung des Parlaments vertragliche Bindungen nur für die Entwicklung eingegangen. Für die Zeit nach der Entwicklungsphase bestehen keine Verpflichtungen; eine rechtliche Grauzone besteht nicht.

Die Verträge enthalten übliche Konsultations- und Kündigungsfristen bei Änderung oder Ausstieg aus der Entwicklung. Sie würden nach insgesamt neun Monaten für den Vertrag mit der Firma Eurofighter, nach zehn Monaten für den Vertrag mit der Firma Eurojet greifen. Für diesen Fall sehen die Verträge Kostenregelungen vor, nach denen die ausscheidende oder Änderung verlangende Nation die daraus entstehenden Kosten bis zur Obergrenze der restlichen Verpflichtungen zu tragen hat. In diesem vorgegebenen Rahmen sind die Einzelheiten mit den Partnern und beteiligten Firmen zu verhandeln.

3. Wie sieht das Verhandlungsergebnis mit den Verteidigungsministern der bisherigen Kooperationspartner des Europäischen Jagdflugzeugs aus?

Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Auf der Basis einer gemeinsamen Beurteilung der Lage und des operativen Umfelds für ein neues Jagdflugzeug sowie einer übereinstimmenden konzeptionellen Bewertung der künftigen Anforderungen an die Luftverteidigung zeichnet sich ab, daß die vier Projektpartner die Möglichkeit sehen, qualitative Merkmale des Jagdflugzeuges zu reduzieren. Kosteneinsparungen sind damit möglich. Die wesentlichen Bestimmungsmerkmale sind einvernehmlich bestimmt.

Der Bundesminister der Verteidigung geht davon aus, daß die noch verfügbaren Entwicklungsmittel im Einvernehmen mit den Partnern in Richtung des Neuansatzes umgesteuert werden können.

4. Aus welchem Grund war es für den Bundesminister der Verteidigung erforderlich, personelle Konsequenzen daraus zu ziehen?
Welche anderen Konsequenzen hat es darüber hinaus gegeben?

Personalveränderungen werden üblicherweise zum Schutz der Individualrechte Betroffener nicht außerhalb der Personalführung diskutiert. Zu organisatorischen Änderungen hat der Bundesminister der Verteidigung am 25. November 1992 im Deutschen Bundestag Stellung genommen und bei dieser Gelegenheit das Parlament unterrichtet. Geprüft wird, wie auf der Basis eines genauen Finanzstatus Vorstellungen für ein effizientes Kostenmanagement in der Zukunft entwickelt werden können. Auf Anordnung des

Bundesministers ist im Sinne dieser Zielsetzung ein zentrales Controlling in der Rüstungsabteilung eingerichtet.

5. Ist es richtig, daß das Bundesministerium der Verteidigung im Rahmen des Projekts Jäger 90 finanzielle Bindungen von über 6 Milliarden DM bis 1999 eingegangen ist, und welche Leistungen sind dafür erbracht worden bzw. sollen noch erbracht werden?
Wenn ja, wann wurden diese Verpflichtungen eingegangen?

Mit Unterzeichnung der Regierungsvereinbarung (MOU Nummer 3) im November 1988 ist die Bundesrepublik Deutschland eine Verpflichtung von 6 033 Mio. DM (Preisstand 7/87) bzw. 6 154 Mio. DM (Preisstand 12/87) eingegangen. Abzüglich des deutschen Beitrags zu den NEFMA-Verwaltungskosten in Höhe von 180 Mio. DM und anzurechnenden Zahlungen aus 1987 in Höhe von 180 Mio. DM sowie zuzüglich 56 Mio. DM für nationale Zusatzaufträge sind 5 850 Mio. DM (Preisstand 12/87) für die Entwicklung vorgesehen und in den Haushalt eingestellt worden.

Innerhalb dieses Haushaltsansatzes sind die Industrieverträge in Höhe von insgesamt 5 716 Mio. DM (Preisstand 12/87) am 23. November 1988 abgeschlossen worden.

Die Verträge decken die Entwicklungsphase des Waffensystems EFA bis zur endgültigen Einsatzreife ab. Die in dieser Phase zu erbringenden Leistungen bestehen in der Konstruktion, Entwicklung und Erprobung des Waffensystems einschließlich des Triebwerks.

Es sind unter anderem folgende Leistungen erbracht:

- Zwei der insgesamt vorgesehenen sieben Erprobungsträger sind fertiggestellt und werden derzeit Bodenversuchen unterzogen.
- Zwei Flugzeugzellen wurden für Bruch- und Ermüdungsversuche gefertigt, die Versuche zu Teilen durchgeführt.

Zum Nachweis der Funktionssicherheit und der Leistungen des Triebwerks EJ 200 sind 15 Triebwerke für Bodenversuche fertiggestellt, 28 weitere für die Flugerprobung befinden sich im Bau; die Flugzulassung für den Erprobungsbetrieb steht vor dem Abschluß.

- Die Entwicklung der Ausrüstung, soweit sie bis Juni 1992 ausgewählt war, ist dem Gesamtprogrammplan entsprechend fortgeschritten.
- Das Flugsteuersystem ist zum Standard der ersten Erprobungsträger fertiggestellt, die Nachweise für die Flugzulassung jedoch nicht abgeschlossen.

Wesentlicher Inhalt der noch ausstehenden Entwicklung sind die Fertigstellung weiterer Prototypen, die Fertigungsentwicklung der Geräte und Ausrüstung, die Avionik-/Ausrüstungs-Integration sowie die Nachweisführung in der Flugerprobung.

6. Sind die Informationen richtig, daß der verkündete Ausstieg aus dem Jäger 90-Vorhaben entgegen der Auffassung des Bundesministers der Verteidigung nunmehr zu keinen Einsparungen führen wird, und wenn nein, um welche Einsparungen handelt es sich konkret im einzelnen?

Der Bundesminister der Verteidigung hat von Anfang an die Auffassung vertreten, daß die Beschaffungsentscheidung eine wesentlich kostengünstigere Lösung verlangt. Ohne der abschließenden Bewertung im Hinblick auf die Kompatibilität mit den neuen geänderten militärischen Forderungen vorzugreifen, zeigen erste Analysen der in Auftrag gegebenen technischen Breitbandstudie Lösungen auf, die in der Nähe eines vorgegebenen Systempreises von 90 Mio. DM liegen. Es kommt nun darauf an, diese erheblichen Einsparungen an Beschaffungsmitteln nicht durch zusätzlichen Entwicklungsaufwand zu beeinträchtigen. In diesem Zusammenhang werden auch die neuen, geänderten militärischen Forderungen sorgfältig zu analysieren und die sich daraus ergebenden technischen Lösungen nach weiteren Einsparungen zu durchleuchten sein.

7. Warum ist die ursprünglich verkündete Absicht, nur noch bereits eingestellte Entwicklungsmittel zu verausgaben, nicht eingehalten worden?

Auf wieviel Millionen Mark beliefen sich im Juni 1992 die bereits vertraglich gebundenen Haushaltsmittel, wie viele waren noch nicht vertraglich gebunden, aber für die Entwicklungsphase in den Finanzplan eingestellt?

Es sind bisher nur veranschlagte Entwicklungsmittel ausgegeben worden.

Zum Stand 1. Juli 1992 waren für die Entwicklung des „Jagdflugzeugs 90“ im Haushalt 1992/25. Finanzplan (Preisstand 12/91) eingestellt:

Gesamtkosten der Entwicklungsphase: 6 538 Mio. DM

Davon waren vertraglich gebunden: 6 223 Mio. DM

Nicht vertraglich gebunden waren somit: 315 Mio. DM. In diesem Wert sind 216 Mio. DM für Unteraufträge enthalten, bei denen sich der Auftraggeber die Zustimmung vorbehalten hat.

8. Treffen die Presseberichte zu, daß es mit der Industrie eine Einigung gegeben hat, nach der eine abgespeckte Version des Jäger 90 unter gleichzeitiger Namensänderung als neues Jagdflugzeug geplant ist, und wenn ja, wie sieht diese konzeptionelle Einigung im einzelnen aus?
9. Beruht die neue Auslegung auf Vereinbarungen mit den bisherigen Kooperationspartnern, und sind sich alle Partner über das neue Projekt einig?

Die Verteidigungsminister der vier Partnerländer werden erst im Dezember 1992 auf Grundlage der am 4. August 1992 in Auftrag gegebenen Studien entscheiden, welche Konsequenzen für Eingriffe oder Umsteuerungen im Entwicklungsprogramm zu ziehen sind.

10. Ist der Eindruck mangelnder Kooperation des Bundesministers der Verteidigung in der Arbeitsgruppe „Künftige Luftverteidigung“ des Verteidigungsausschusses zutreffend, und beruht dieses Verhalten ggf. auf der Absicht der Bundesregierung, die „endgültige“ Entscheidung über die Beendigung des Vorhabens Jagdflugzeug 90 und für ein anderes Modell bis nach der Bundestagswahl 1995 zu verschleppen?

Der Bundesminister der Verteidigung hat das Zustandekommen der Arbeitsgruppe „künftige Luftverteidigung“ des Verteidigungsausschusses seinerzeit ausdrücklich begrüßt. Der Minister hat am 7. September 1992 die AG persönlich zum Sachstand Neues Europäisches Jagdflugzeug unterrichtet.

Der Parlamentarische Staatssekretär Bernd Wilz hat mit Schreiben vom 15. Oktober 1992 den Vorsitzenden der AG-Luftverteidigung schriftlich unterrichtet über die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen für die künftige Luftverteidigung, über Struktur, Quantität und Qualität der künftigen Luftverteidigung sowie zum Stand der Entwicklung Taktisches Luftverteidigungssystem.

Der Bundesminister der Verteidigung hat darüber hinaus wiederholt – zum letzten Mal am 25. November 1992 vor dem Deutschen Bundestag – ausgeführt, daß das ursprüngliche „Jäger 90“-Projekt in der bisherigen Form nicht fortgeführt wird und daß im Einvernehmen mit den Partnern die laufende Entwicklung umzusteuern ist in Richtung der neu definierten militärischen Forderungen, dies unter Berücksichtigung des Zeitfaktors, der für den deutschen Bedarf maßgebend ist.

11. Wie sehen die Empfehlungen der Industrie an den Bundesminister der Verteidigung nach Überprüfung des Projektes Jäger 90 konkret aus?
12. Inwieweit beinhalten die Empfehlungen der Industrie konkrete Leistungsreduzierungen, um welche handelt es sich genau, und welche echten Einspareffekte lassen sich dadurch erzielen?

Zielsetzung der internationalen Industriestudie war, alle Möglichkeiten zur Verwirklichung eines kostenreduzierten, der neuen sicherheitspolitischen Lage angepaßten künftigen europäischen Jagdflugzeuges unter weitgehender Nutzung der bisherigen Entwicklungsergebnisse aufzuzeigen. Dieser Zielsetzung ist die Industrie-Studie durchaus gefolgt, ohne jedoch aus zeitlichen Gründen die neudefinierten militärischen Forderungen berücksichtigen zu können.

Die Ergebnisse der Industriestudie sind deshalb nun vergleichend zu bewerten mit den Ergebnissen der militärischen Seite. Erst dann werden konkrete Einspareffekte und die technische Realisierbarkeit von möglichen Leistungsreduzierungen zu bewerten sein. Die Industrie war weder aufgerufen noch in der Lage dazu, Empfehlungen an die Verteidigungsminister auszusprechen.

13. Gibt es eine unabhängige Untersuchung über eine kostenoptimale Erfüllung der zukünftigen operationellen Forderungen für die fliegende Luftverteidigungsrolle?

Wenn ja, um welche handelt es sich dabei?

Das Luftverteidigungssystem des Bündnisses, zu dem Deutschland einen angemessenen Beitrag leistet, besteht aus einer bodengestützten Führungsorganisation sowie boden- und luftgestützten Luftverteidigungssystemen. Jedes dieser Elemente hat Stärken und Schwächen, die synergetisch genutzt oder ausgeglichen werden müssen.

Der Bundesminister der Verteidigung hat sich stets um effektive und kostenoptimale Lösungen zur Erfüllung der operationellen Forderungen für das Luftverteidigungssystem des Bündnisses bemüht. Er hat seine Überlegungen in diesem Zusammenhang in das von SHAPE entwickelte „Interim Air Defense Concept“ einfließen lassen, das die neue Aufgabenzuweisung an Flugzeuge zur Luftverteidigung und Flugabwehrraketen regelt.

In Übereinstimmung mit unseren Bündnispartnern hat sich zu keinem Zeitpunkt dabei ergeben, daß der Verzicht auf eine der Komponenten dieses Systems eine kostenwirksame Lösung wäre.

